

Die Wählerin

Blätter zum Wahlkampf in Preußen

Weißt Du schon?

- Weißt Du schon,** daß Deutschland über 3 Millionen Kriegs-waisen hat?
- Weißt Du schon,** daß sich noch 45 000 Kriegsbeschädigte in Lazaretten befinden?
- Weißt Du schon,** daß wir 1917 einen guten Frieden haben konnten, die Ludendorffs aber nicht wollten?
- Weißt Du schon,** daß die Generale Ludendorff und Hoffmann heute die Entente anbeten, um gegen Rußland zu kämpfen?
- Weißt Du schon,** daß alle Kapp-Putsch-Führer straffrei ausgegangen sind?
- Weißt Du schon,** daß noch nichts sozialisiert ist, trotz den Ver-sprechungen der bürgerlichen Reichsregierung?
- Weißt Du schon,** daß der Deutsch Volksparteiler Stinnes viele Zeitungen austauscht, um Dich zu bekämpfen?
- Weißt Du schon,** daß das Brot noch teurer werden soll durch die bürgerliche Regierung?
- Weißt Du schon,** daß der Achtkundentag durch die Sozialdemokratie eingeführt wurde?
- Weißt Du schon,** daß die Gesindeordnung durch die Sozialdemokratie aufgehoben wurde?
- Weißt Du schon,** daß das Frauenwahlrecht und vieles andere nur der Sozialdemokratie zu danken ist?

Wenn Dir dies alles bekannt ist, so darfst Du am 20. Februar nur sozialdemokratisch wählen!

Erst wägen, dann wählen!

Von Johanna Reiche, M.D.R.

Durch die Verleihung des Wahlrechts an die Frauen ist ihr Kurswert beträchtlich gestiegen. Alle Parteien bemühen sich heute um die Stimmen der Wählerinnen, insbesondere die Parteien, die bisher das weibliche Geschlecht in der Gesetzgebung sowohl wie auch im öffentlichen Leben stark benachteiligt und unterdrückt haben. Jetzt verkörpern auch die Frauenstimmen eine Macht, der jede politische Partei zur Durchsetzung ihrer Forderungen und Ziele bedarf. Darum das heiße Werben um die Stimme der Wählerin, das uns Frauen zur Vorsicht und zum Nachdenken veranlassen sollte. Die Steuerfrage muß besonders genau geprüft werden.

Vor der Revolution hat das deutsche Reich seine Einnahmen vornehmlich aus Zöllen und indirekten Steuern bezogen. Aber während des Krieges machte sich ein Rückgang der Einnahmen bemerkbar. Durch den verschärften U-Boot-Krieg wurde die Blockade über Deutschland verhängt, die eine verringerte Einfuhr von Waren, die mit Zöllen belegt waren, mit sich brachte. Die Zolleinnahmen mußten sich somit automatisch verringern. Mit der Umstellung des Konsums folgte ein weiterer Ausfall der Reichseinnahmen. Die Rohstoffe, die sonst der Herstellung von Bier und Branntwein dienten, mußten als Nahrungsmittel verwandt werden. Der Zucker wurde rationiert. Also veränderten sich schon während des Krieges die Einnahmen, und demgegenüber entwickelten sich ungeheure vermehrte Ausgaben. Die Schuldenwirtschaft mußte immer größer und umfangreicher werden, weil der damalige Reichsfinanzminister Helfferich, der jetzige Führer der Deutschnationalen Volkspartei, die Besteuerung des Besitzes nicht wollte und auch die Kriegsgewinne nur ganz zaghaft steuerlich belastete.

Die Erhebung direkter Steuern war bis zum April 1920 Sache der Länder und der Gemeinden. Die Steuer-

scheu der Besitzenden kam so recht zum Ausdruck in der Verlegung ihres Wohnortes in solche Gemeinden, die nur geringe Steuern erhoben. Der Steuerflucht der Besitzenden ist nun Einhalt geboten durch die Uebertragung der Steuerhohheit auf das Reich, dessen Steuerbedarf infolge der Kriegslasten und der Erfüllung der Friedensbedingungen außerordentlich groß ist. Daher konnte auch die verfassunggebende Nationalversammlung die früher erhobenen indirekten Steuern nicht entbehren. Sie hat aber neben vielen anderen Steuern zum ersten Male eine Besitzsteuer geschaffen, die vom Tage ihrer Geburt an von den Vertretern des Besitzes stark bekämpft wird, trotzdem die Einziehung sehr schleppend vor sich geht. Das Streben der bürgerlichen Parteien geht nun dahin, einen Abbau der Besitzsteuern herbeizuführen. Diese Steuerdrückbergerei muß den stärksten Widerspruch der Wählerinnen breiter Volksschichten auslösen.

Was ist die Folge einer Lockerung der Besitzsteuern? Es bedeutet einen Ausfall notwendiger Einnahmen, die in den Reichsfiskus fließen sollten. Um aber den Hunger des Reiches nach Geld zu stillen, müssen andere Mittel gesucht werden, denen die Wunderkraft der Sättigung innewohnt. Dieses Suchen nach neuen Steuerquellen macht den rechtsstehenden Parteien keine Kopfschmerzen. Ihrer Meinung nach sind die indirekten Steuern weniger schmerzhaft für die große Masse der Steuerzahler, und so hat man schon ein ganzes Bündel indirekter Steuern in Bereitschaft, das erst nach den Wahlen dem Volke präsentiert werden soll.

Frauen und Mütter! Nach den bekannt gewordenen Steuerplänen steht den Haushaltungen eine abermalige große Belastung bevor. So soll ein Doppelzentner Zucker mit 100 M. indirekter Steuer belegt werden. Während jetzt auf 1 Pfund Zucker eine indirekte Steuer von 7 Pf. ruht, soll sie auf 50 Pf. herausgesetzt werden. Schon einmal lag der gesetzgebenden Körperschaft in Weimar ein Regierungsentwurf vor, der eine Steigerung der Zuckersteuer von 7 Pf. auf 11 Pf. für das Pfund vorsah. Die sozialdemokratische Fraktion lehnte rundweg ab und so fiel der Entwurf ohne Beratung unter den Tisch. Außer der Verteuerung des Zuckers will man die ohnehin schon hohe Kohlensteuer beträchtlich erhöhen und ebenfalls die Umsatzsteuer verschärfen. Es liegt auf der Hand, daß bei Verwirklichung dieser Steuerpläne die Lebenshaltung der breiten Masse erheblich verteuert wird, da es sich ja um Gegenstände des täglichen Bedarfs handelt. Ob eine Brotverteuerung verhindert werden kann, ist nach den vorliegenden Redungen zum mindesten sehr zweifelhaft. Die Reichswohnungssteuer, die im Laufe des Jahres kommen wird, bringt uns eine nicht unwesentliche Steigerung der Wohnungsmieten.

Die Sozialdemokratie will die Steuerfrage nach Gerechtigkeitsgründen, d. h. nach sozialen Gesichtspunkten regeln. Danach müssen die tragfähigen Schultern am meisten zu den Steuerlasten herangezogen werden. Vor allen Dingen der Besitz.

Wählerinnen! Am 20. Februar sollt Ihr durch die Abgabe eines Stimmzettels mit über die wichtigsten Fragen Eurer eigenen Zukunft entscheiden. Die Reaktion erhofft von dem Ausfall der Wahlen eine weitere Verstärkung ihres ohnehin schon starken Einflusses in der Gesetzgebung und Verwaltung, was gleichbedeutend wäre mit der Verwirklichung der oben angezeichneten Steuerpläne. Von der jeweiligen Macht der Sozialdemokratie wird auch die Regelung der kommenden verschärften Steuergesetzgebung abhängig sein. Darum:

Wählt sozialdemokratisch!

Die neuen Crispine.

Die alten Pfaffen, die laß ich in Ruh,
Die stahlen doch noch den Reichen das Leder
Und stülten den Armen damit die Schuh.
Doch mit den heut'gen bleibt mir zu Haus;
Ob auf der Kanzel, ob auf dem Katheder,
Ein umgekehrter Crispin ist ein jeder:
Zwar haben sie nicht verlernt das Gemaus —
Doch stehen sie jetzt den Armen das Leder
Und machen den Reichen Schuhe daraus.

Ludwig Plau.

Haushalt und Preisrevolution.

Schon seit dem letzten Kriegsjahre, als Lebensmittel und rationierte Bedarfsartikel, wie Kleidung und Schuhe, immer knapper wurden und der Schleichhandel ständig weiter um sich griff, spürt die Hausfrau am eigenen Leibe an der verteuerten Lebenshaltung die Erscheinung, die man volkswirtschaftlich als Preisrevolution zu bezeichnen pflegt. Alle Warenpreise steigen, manchmal langsam, hier und da sogar unter Rückschlägen, zeitweilig aber sprunghaft und unaufhaltbar. Da die Lebenshaltungskosten sich in letzter Zeit etwa auf das Zwölfwache der Vorkriegszeit erhöht haben, Löhne und Gehälter aber nirgends mehr als auf das Achtfache gestiegen sind — meistens noch viel weniger —, spiegelt sich in diesen Zahlen das wirtschaftliche Elend, in dem heute die weitaus überwiegende Mehrzahl des Volkes lebt. Das Wirtschaftsgeld der Hausfrau reicht bei Arbeitern und Festbesoldeten meist kaum aus, um den dringendsten Lebensbedarf einzukaufen. Ein Erlaß der nötigsten Kleidung und Wäsche kommt für viele gar nicht, für viele nur in geringem Umfange in Frage. Ziehen aber die Preise wieder scharf an, so werden Lohnbewegungen nötig, um von den Unternehmern eine Aufbesserung der Löhne und Gehälter zu erreichen. Selten haben sie sofort Erfolg. Es treten Lohnkämpfe ein, die Tage und Wochen gänzlichen Lohnausfall bringen. Selbst wo kein Streik ausbricht, wie oft bei Angestellten und Beamten, wird die Lohnaufbesserung so lange hinausgezögert, daß ein Teil von ihr schon verzehrt ist, ehe sie ausgezahlt wird.

So liegen die Dinge heute. Dabei ist es nur

ein Auschnitt aus dem Bild des Elends.

Zu bitterster Not kommt es, wenn, wie ein letzter Zeit, anstatt der nötigen Lohnaufbesserungen noch eine Verkürzung der Arbeitszeit eintritt, weil die Industrie nicht mehr genügend Beschäftigung bietet. Hunger und Krankheit, Sorge und Unzufriedenheit reißen dann überall ein.

Das, was der Einzelhaushalt so zu spüren bekommt, wird auch von der Wirtschaftsforschung an Hand von Zahlen dauernd beobachtet. Die Großhandelspreise der wichtigsten Waren sind nach einwandfreien Berechnungen von Mitte 1914 bis Ende 1920 auf das Fünfundzwanzigfache gestiegen. Im Großhandel kann man also sagen, ist heute für eine Mark nur noch soviel zu kaufen, wie man vor dem Kriege für 6 Pfennige kaufen konnte. Wenn wir oben feststellten, daß die Lebenshaltung nicht in demselben Umfange gesunken ist, in dem man heute für eine Mark noch soviel bekommt, wie vor dem Kriege für 8 bis 9 Pfennige, so liegt das vor allem daran, daß durch die Mieterschutzgesetzgebung, einem unbestritten Verdienst der Sozialdemokratie, die Mietpreise sich nicht so stark aufwärts bewegt haben. Bei allen diesen Angaben handelt es sich ja um Durchschnittsberechnungen. So sind die Mietpreise nur auf das 1,80fache des Friedenspreises gestiegen, während die übrigen Waren im allgemeinen das 10- bis 25fache des Vorkriegenspreises kosten.

Diese Entwertung des Geldes wird von der reaktionären Propaganda gern der „roten Regierung“ in die Schuhe geschoben. Man verschweigt dabei die Hauptjache, nämlich, daß die Zunahme des Papiergeldes und das Anwachsen der Staatsschulden eine Folge des verlorenen Krieges ist, den die Deutschnationalen und die Volksparteiler gewollt und nicht rechtzeitig durch einen Verständigungsfrieden abgebrochen haben.

Aber nehmen wir selbst einmal an, daß die Redensarten, die die Rechtsparteien vor der Reichstagswahl im Wahlkampf so gern gebrauchten, wahr wären; damals versprach man ja, mit dem „roten Unfug“ sobald als möglich aufzuräumen und dem Wucher mit noch größerem Nachdruck entgegenzutreten.

Dafür ist die bürgerliche Regierung, die seit den Reichstagswahlen am Ruder ist, den Beweis schuldig geblieben.

Die Preise sind dauernd weiter gestiegen.

Der Ernährungsminister in der bürgerlichen Koalitionsregierung Hermes hat ein Gebiet nach dem anderen von den „Reiten der Zwangswirtschaft“ befreit. Der Erfolg war, daß zwar die Karten fortfielen, daß aber die Preise scharf in die Höhe gingen. Jetzt sorgten die hohen Preise scharfer als vorher die Nationierungsvoor-

schriften dafür, daß keiner zuviel Fleisch aß, der nicht über die genügenden Geldmittel verfügte. Die Kartoffeln sind im Laufe des Jahres auf das Doppelte und Dreifache gestiegen, dabei ist ihre Qualität auch nicht besser als zur Zeit der Zwangswirtschaft. Der Statistiker Dr. Kuczynski hat die Preisveränderungen gegenüber dem Vorkriegsstand sorgfältig verzeichnet. Seinen Angaben entnehmen wir folgende Ziffern:

Wenn der Preis einer Ware vor dem Kriege gleich 1 gesetzt wird, so kosteten

| | Brot | Zucker | Butter | Gas | Milch |
|-------------------------|------|--------|--------|-----|-------|
| April 1920 | 5½ | 6 | 12 | 8 | 9 |
| Dezember 1920 | 10 | 15 | 14 | 10 | 9 |

| | Margarine | Kartoffeln | Schmalz | Britelits |
|-------------------------|-----------|------------|---------|-----------|
| April 1920 | 12 | 14 | 28 | 14 |
| Dezember 1920 | 18 | 22 | 30 | 12 |

Diese Gegenüberstellung ergibt also, in welchem Maße sich die einzelnen Waren im Kleinhandel gegen den Friedensstand verteuert haben.

Brot kostet heute zehnmal soviel

wie in Friedenszeiten, Zucker 15mal, Kartoffeln 22mal soviel.

Wie sich die Gesamtlebenshaltung im letzten Jahre verteuert hat, dafür einige Zahlen:

Die amtliche deutsche Teuerungsstatistik, die die Lage sicherlich eher viel zu rosig als zu schlecht darstellt und die dabei in einem starken Gegensatz zu den erheblich ungünstigeren Ergebnissen der Statistiker Richard Catwer und Dr. Kuczynski steht, gibt an, daß die monatlichen Lebenshaltungskosten einer fünfköpfigen Familie in Berlin von 1913/14 bis zum Februar 1920 von 104 auf 648 M. gestiegen sind. Dann folgt weiter eine starke Steigerung, die zeitweilig von Rückschlägen unterbrochen wurde. Im Dezember 1920 aber erreicht die Preisrevolution ihren Höhepunkt mit 964 M. In Hamburg, Essen, Aachen, Hagen i. W., Solingen stellte sich der Lebensunterhalt sogar auf mehr als 1000 M., wobei festzuhalten ist, daß diese Städte von der Preisrevolution schon früher viel scharfer erfaßt waren und daß die Preise im Durchschnitt in einigen dieser Orte sogar schon zurückgegangen sind. Daraus kann man die Not der Bergarbeiter ermessen, auf deren Schultern die Zukunft unseres wirtschaftlichen und nationalen Gedeihens ruht und in deren Wohnsitz die Teuerung am schärfsten zum Ausdruck kam.

Daß die Bewegung der Preise sich nicht auf die Großstädte allein beschränkt, beweist die Tatsache, daß im Durchschnitt des ganzen Reiches nach den Erhebungen von 600 Gemeinden mit mehr als 10 000 Einwohnern die Lebenshaltungskosten einer fünfköpfigen Familie nach der amtlichen Statistik von 637 M. im Februar auf 757 M. im März und auf 945 M. im Dezember gestiegen sind.

Die Angaben zeigen, daß unter der Wirtschaft der rein bürgerlichen Regierung die

Preise weiter unaufhaltbar nach oben

gegangen sind.

Die Preise für inländisches Getreide sowohl wie für Kohle, für Rasi und damit auch für andere landwirtschaftliche und industrielle Produkte des Inlandes werden heraufgesetzt. Das Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft beabsichtigt bereits die neuen Getreidepreise um volle 40 Proz. in die Höhe zu setzen, so daß sich ein Brot in Berlin auf etwa 7 M. stellen müßte.

Es drohen also neue Verteuerungen des gesamten Lebensbedarfes, auch der Kohlen! Während die Sozialdemokratie immer bemüht gewesen ist, durch Preiskontrolle, behördliche Bewirtschaftung und andere Maßnahmen wenigstens den Minderbemittelten einen Schutz vor hohen Preisen zu gewähren, läßt die bürgerliche Regierung die Zügel schiefen. Und das ist jetzt um so gefährlicher, als die

Arbeitslosigkeit in erschreckendem Maße zugenommen

hat und die Kurzarbeit in der Industrie eher die Regel als die Ausnahme ist.

Es liegt also im Interesse jeder Wählerin, dieser Begünstigung der Agrarier und des Kapitals entgegenzutreten. Das ist aber nur möglich, wenn man bei der Preußenwahl am 20. Februar einer Partei die Stimme gibt, die volles Verständnis für die Not des hard- und kopparbeitenden Proletariats hat und die durch zielbewusste Mitarbeit an der Regierung die Preisbremse zum Anhalten zu bringen sucht. So hat der preussische Ministerpräsident Braum seine bekannten Vorschläge gemacht, die Getreideerzeugung zu verbilligen durch eine Sozialisierung der Stoffindustrie. So setzt sich die Sozialdemokratische Partei ein für eine Sozialisierung der Kohle- und Rasiproduktion, um die Bodenschätze der Provinz zum Wohlfahrt des Großkapitals zu entringen.

Es liegt also im Interesse der Wählerinnen, daß die Sozialdemokratie in Preußen wie später im Reich zur Herrschaft kommt. Denkt daran am 20. Februar!

Sozialist sein, heißt keineswegs, bloß den Triumph einer bestimmten Partei vorbereiten, einen bestimmten Teil des Volkes einfach zur Macht zu bringen. Nein, es heißt arbeiten für eine Gesellschaftsordnung, in der alle aktiven Kräfte harmonisch verbunden werden und zu aller Nutzen zusammenwirken sollen. Das gilt für die Kinder eines Landes sowohl als auch für die verschiedenen Nationen. Frieden soll an Stelle des Krieges treten, gegenseitige Dienste und Sympathie an die Stelle streitenden Eigenwillens und die Solidarität der Interessen an die Stelle der Zügellosigkeit, der Selbstsucht.

August Bebel.

Du mußt Sozialistin sein!

Nach meinem Dafürhalten müßte die Frau Sozialistin sein. Du fragst Warum? Spürst du denn die Ketten nicht, die die heutige Wirtschaftsordnung dir schlingt? Solange du ein junges Mädchen bist, geht es noch. Da leitest du das Geschick mit dem jungen Arbeiter, der auch als Lernender und werdender im Leben steht und sich an den Schranken der heutigen Gesellschaftsordnung vielfach reibt und stößt. Aber auch da sind dir schon die Grenzen der Berufsausbildung recht eng gezogen. Vorurteile, falsche Voraussetzungen für deinen Lebensweg, aber auch berechtigste gesetzliche Bestimmungen, die in deiner Weiblichkeit ihre Ursache haben, ebenso unberechtigste gesetzliche Schranken, die im Vorurteil der Menschen wurzeln, greifen mißbestimmend in dein Leben ein. Es gibt geborene Mütter, deren Lebensberuf es ist, Hausfrau und Mutter zu sein. Die Unerbittlichkeit unserer Verhältnisse weist sie auf den Arbeitsmarkt, weil ihre Kinder hungern, weil der Mann tot, krank oder arbeitslos ist oder seiner Pflicht als Ernährer der Familie nicht voll nachkommt. Bei einer Arbeit, die ihnen keine innere Freude gibt, verkümmern sie ihr Leben und trauern darüber, daß sie ihren Kindern Liebe und Sorgfalt vorenthalten müssen.

Man spricht hohe Töne von der Heiligkeit des Familienlebens und der Mutterchaft, ohne daß für diese hohen, ethischen Lebenswerke die Möglichkeiten zu ihrer Ausübung geschaffen werden.

Andere Frauen wieder vermögen sich im regen häuslichen Kreis beim besten Willen nicht wohlzufühlen. Sie brauchen aus inneren seelischen Gründen einen Beruf. Im Zeitalter der kapitalistischen Wirtschaftsordnung werden die Frauen aber ganz nach augenblicklichen Bedürfnissen, nicht nach persönlicher Neigung und Begabung auf den Arbeitsmarkt geholt oder von ihm fortgewiesen. Ganz gewiß müssen wir Frauen uns sozialen Gründen für Beschränkung der Arbeit des einzelnen fügen, wenn die allgemeine Lage es verlangt. Die Ursachen aber haben wir zu suchen. Und wir finden sie in der Zerrüttung unseres Wirtschaftslebens, gestelgert durch die Kriegsfolgen.

Der Sozialismus ist die aufbauende Kraft, die die Verhältnisse der Menschen so regeln wird, daß ohne die anarchische Freiheit des Einzelindividuums Zustände bestehen werden, die es den einzelnen Menschen ermöglichen, im Rahmen der sozialen Gemeinschaft und wahrhaft sozialer Anschauungen ein Arbeitsfeld zu finden, auf dem sie Befriedigung und Freude finden. Darum müssen wir Frauen, die Mütter und werkschaffende Menschen sein wollen, Sozialistinnen sein.

Frauenfragen?

Von Marie Buchacz.

Gibt es Frauenfragen in der Politik? Ja und nein. Ich lege das Hauptgewicht auf die Verneinung. Wenn unser Genosse Professor Radbruch und die Demokratinnen Fräulein Dr. Elisabeth Lüders die Zulassung der Frauen zum Richteramt und zur juristischen Verwaltungspraxis fordern, so steht vielleicht dahinter eine kleine Schicht von Frauen, die diese Forderung aus rein beruflichem Interesse betrachten und sie als Frauenfrage wertet. Wenn Justizminister Dr. Heinze unter vielen Vorbehalten, unter Wenn und Aber einige bedingte Zusicherungen gibt, dann stützt er damit die ungesunde Tendenz, die in nur frauenrechtlerischen Anschauungen liegt. Wir Sozialdemokraten betrachten die Frage als Berufsfrage und vom Standpunkt der Gleichberechtigung und fordern deshalb die unbeschränkte Zulassung zu allen Berufen. Eine Ausnahme bilden für uns nur die Arbeiten, die für die Frauen als weibliche und mütterliche Menschen schädlich sind. Die Dinge so sehen, wie sie Dr. Heinze auffaßt, heißt den Konkurrenzkampf zwischen Mann und Frau ent-

zwecken. Dann aber kann diese Frage ganz nach Belieben zu einer Frauen- oder Männerfrage gestempelt werden.

Neben dem selbstverständlichen Grundsatz der Gleichberechtigung aber sind wir der Meinung, daß es not tut, an eine Umformung unserer ganzen Gerichtsbarkeit zu denken und den Frauen dabei gerade um der Rechtfertigung willen einen gebührend starken Einfluß zu sichern. So gesehen, ist es aber keine Frauenfrage, sondern ein Kapitel zur Menschheitsfrage.

Vielmehr glaubt man, daß z. B. die Frage der Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten und der Regelung der Prostitutionsfrage eine Frauenfrage sei. Das ist durchaus nicht richtig. Auch hier handelt es sich um Menschenheitsprobleme von allerhöchster Bedeutung, bei denen allerdings die Frauen schon deshalb, weil das weibliche Geschlecht hierbei der sehr stark leidende Teil ist, ein erhöhtes Interesse bekunden. Daß es keine nur-Frauenfrage ist, wird am besten dadurch bewiesen, daß die Frauen bei der Vorarbeit und Entscheidung über die gesetzlichen Formen durchaus keine geschlossene Front bilden, sondern sich von Weltanschauung und sachlichen Gesichtspunkten leiten lassen, genau wie die Männer.

Oder ist nun etwa gar der Schutz des außerhehlichen Kindes und seiner Mutter eine Frauenfrage? Hier hätten die Frauen doch einmal Gelegenheit, ihre weibliche Solidarität zu üben und damit alle „fette Männermoral“ über den Haufen zu werfen. Aber weit gefehlt. Das einfachste menschlichste und natürlichste bleibt hier den sozialdemokratischen Männern und Frauen zur Regelung überlassen.

Frauen sind es gewesen, Beamtinnen, Lehrerinnen, die auf ihren Tagungen beschlossen haben, daß sie mit Kolleginnen, die außerhalb der Ehe geboren haben, nicht zusammenarbeiten wollen. Die weiblichen „Standesvertretungen“ der Postbeamtinnen sorgen dafür, daß ihre unglücklichen Kolleginnen auf die Straße fliegen. Sie haben ihre Entschlüsse an sämtliche Ministerien geschickt, wo sie durch den Dienstweg gegangen sind und schon Nachahmung gefunden haben. Hebammen haben beschlossen, daß zu ihrem Beruf Bewerberinnen, die jemals unehelich geboren haben, nicht zur Ausbildung zugelassen werden sollen. Und es wird danach gehandelt. Zu den einzureichenden Papieren der Hebammenschülerinnen gehört die amtlich abgestempelte Bescheinigung, daß die Bewerberin nicht unehelich geboren hat. Man denke sich nur alle Konsequenzen solcher Anschauungen aus. Der Arzt darf Vater unehelicher Kinder sein. Der männliche Beamte bekommt für solche Kinder die Kinderzulage. Der Lehrer wird bei seinem Dienstantritt nicht gefragt, ob irgendwo eine Frau sitzt, die die Mutter seines unehelichen Kindes ist. Aber Frauen, in deren eigenen Kreisen heute ungestraft täglich gegen die „bürgerliche Moral“ gesündigt wird, sprechen über ihre Geschlechtsgenossinnen die Feme aus.

Wenn im Reichstag über eine Abänderung der Einkommensteuer verhandelt wurde, so ist das genau so eine Frauenfrage, als das Jugendwohlfahrtsgesetz eine Männerfrage ist. Und wenn im preussischen Abgeordnetenhaus bei nahe noch ein Hebammengesetz geschaffen wurde, wenn das nicht die Rechtsparteln verurteilt hätten, so geht das die Allgemeinheit gleichmäßig an. Wir wollen die Politik nicht nach frauenrechtlerischen Gesichtspunkten teilen, sondern unseren weiblichen Einfluß in der Politik nach sachlichen Gesichtspunkten geltend machen, wobei die individuellen Unterschiede zwischen weiblichen und männlichen Menschen gar nicht verwischt werden brauchen.

Sozialistische Gedanken.

Wenn die Sozialdemokraten sich Materialisten nennen, so soll mit diesem Namen nur gesagt sein, daß sie nichts anerkennen, was über den wissenschaftlich angelegten Menschenverstand hinausgeht. Alle Hezerei soll aufhören. Joseph Diebgen.

Solange die unterdrückte Klasse, also in unserem Falle das Proletariat, noch nicht reif ist zu seiner Selbstbefreiung, solange wird sie, der Mehrzahl nach, die bestehende Gesellschaftsordnung als die einzig mögliche erkennen und politisch der Schwanz der Kapitalistenklasse, ihr äußerster linker Flügel sein. In dem Maße aber, worin sie ihrer Selbstemanzipation entgegenreift, in dem Maße konstituiert sie sich als eigene Partei, wählt ihre eigenen Vertreter, nicht die der Kapitalisten. Das allgemeine Stimmrecht ist so der Gradmesser der Reife der Arbeiterklasse. Mehr kann und wird es nie sein im heutigen Staat; aber das genügt auch. An dem Tage, wo das Thermometer des allgemeinen Stimmrechts den Siedepunkt bei den Arbeitern anzeigt, wissen sie sowohl wie die Kapitalisten, woran sie sind. Friedrich Engels (Entstehung der Familie).

Die Kreistagswahlen.

Von C. Stoll.

Provinziallandtage und Kreistage bilden bisher Fremdkörper inmitten des demokratischen Wesens im neuen Staate. Auch die ersten Kreistage der Republik wurden auf dem Umwege über Stadtverordnetenversammlungen und Amtsausschüssen gewählt, und in dem auf solche Weise entstandenen Kreistage erfolgte die Wahl der Abgeordneten für den Provinziallandtag. Jetzt sollen beide Körperschaften wie die übrigen Parlamente aus allgemeinen und direkten Wahlen hervorgehen. Damit erlangen nicht nur die Wahlen selber, sondern auch die aus ihnen hervorgehenden Parlamente eine höhere Bedeutung. Nur parlamentarische Körperschaften, die sich auf den Willen eines politisch souveränen Volkes stützen, können Anspruch auf die nötige Beachtung erheben.

Auch bei der Wahl der Kreistage handelt es sich um eine außerordentlich wichtige Angelegenheit, denn in den Kreistagen werden die nächsten Angelegenheiten entschieden. Wir Sozialdemokraten haben den Kreis als ein vorzugsweise nach wirtschaftlichen Interessen feststimmtes soziales Wesen aufzufassen. Für uns haben die Kreistagsabgeordneten nicht in erster Linie rein fiskalische Aufgaben zu erfüllen, die sozialen und kulturellen Interessen sind mindestens ebenso wichtig, vielfach noch wichtiger. Die eigentliche Basis für die Förderung des Wohlfahrtswesens in Stadt und Land ist der Kreis. Vom Parlament des Kreises und seiner geschäftsführenden Körperschaft, dem Kreisrat, müssen die großen sozialen Bestrebungen ausgehen, die wir namentlich auf dem Lande noch allzusehr vermissen. Gerade dem Kreistage erwächst die Pflicht, an die Stelle der Wohltätigkeit und Barmherzigkeit die soziale Pflichterfüllung zu setzen. Gewiß sind wir für die Selbstverwaltung in Stadt und Land, wir sind gegen landrätliche Willkür, wie wir es immer gewesen sind, aber rückständige Gemeinden bedürfen eines motorischen Antriebes, damit sie sich ihrer Pflichten gegen das lebende Geschlecht, gegen die Hilfsbedürftigen, bewußt werden, und keine Stätte ist mehr berufen als gerade der Kreistag, diesen Antrieb zu geben. Auch das Bildungswesen kann nur dann einen kräftigen Niederschlag auf dem pflügen Lande finden, wenn das Parlament des Kreises sich dafür einsetzt. Auch das alte Land bedarf der kulturellen Durchdringung, wenn die Menschen in den Sorgen und Nöten ihres gegenwärtigen Seins nicht verzweifeln sollen. Natürlich unterstehen auch wichtige wirtschaftliche Fragen der Entscheidung des Kreises, denken wir nur an das Wegewesen, die Versorgung mit elektrischer Energie und ähnliche Angelegenheiten. Nach dem Willen der Sozialdemokratie soll auch die Politik im Kreise Arbeit an der Wohlfahrt der Gesamtheit sein.

Wir wollen den ersten wirklichen Kreistagswahlkampf in Preußen auf der politischen Linie führen. Klippenwirtschaft und partikularistische Bestrebungen werden bei uns nicht die mindeste Stütze finden. Wir wollen auch den Kreistag zu einem Hort für Demokratie, Freiheit, Fortschritt und soziales Wollen machen, er soll nicht mehr der Tummelplatz reaktionärer, volksfeindlicher Treiben sein.

Wer mit uns diesem Ziel zutreibt, hat am 20. Februar keine andere Wahl, als überall für die sozialdemokratische Kreistagswahlliste zu stimmen.

Wahlkuriosum.

Seit dem 9. November 1918 sind bekanntlich auch die Konservativen „volksfreundlich“ geworden. Die konservativste Partei wurde zur „Deutschnationalen Volkspartei“ und trat mit einem ganz neuen Programm vor die Wählermassen hin.

Wenn man Volkspartei sein will, muß man aber auch Kandidaten auf die Wahllisten setzen, die aus den verschiedenen Schichten der Bevölkerung stammen, und wenn es auch nur geschieht, um das Volk — oder doch einen erheblichen Teil davon — vertrauensfestig zu machen.

Und so steht denn auch auf dem deutschnationalen Wahlvorschlag für Berlin eine — Hausangestellte an dreizehnter Stelle!

Vielleicht gelingt es dadurch den Familien, die Hauspersonal beschäftigen, diesmal noch leichter als bei den früheren Wahlen, ihre Angehörigen mit dem Zettel der „Herrschaft“ zur Wahl mitzunehmen. Die „Dienstmädchen“ dürfen dann sogar mit der „Herrschaft“ über die Bordertreppe gehen.

Wir zweifeln allerdings doch daran, daß die weiblichen Hausangestellten in ihrer Mehrzahl noch nicht eingesehen haben, welches

Spiel an Wochentagen mit ihnen getrieben wird, und wir haben dafür sogar eine ganze Reihe von Beweisen.

Auch ein erheblicher Teil der Hausangestellten weiß heute, um was es bei politischen Wahlen geht und welche Bedeutung auch für sie das Wahlergebnis hat. Damit sie aber imstande sind, am Wahltage ihren Anschauungen entsprechend sich betätigen zu können, ist es notwendig, daß vor der Wahl den Hausangestellten über die Hintertreppe der richtige Stimmzettel zugestellt wird. Dann können die Hausangestellten getroffen auf ihrem Gang mit der Herrschaft über die Bordertreppe einen andern Stimmzettel in Empfang nehmen. In der Wahlzelle ist genügend Platz, ihn los zu werden.

G. H.

Steckbrief für Hausangestellte!

Züchtigungsrecht und Dienstbuch sind abgeschafft, aber schon fängt man wieder auf einen neuen Steckbrief für Hausangestellte. Es sollten alle, die mit Hausangestellten zusammenkommen, nicht vergessen, darauf aufmerksam zu machen, daß: Preußen infolge seiner Wählerzahl reichsgesetzliche Bestimmungen ganz erheblich beeinflussen kann, deshalb ist es Pflicht, auch der Hausangestellten, am 20. Februar dafür Sorge zu tragen, daß aus der Wahlurne die Sozialdemokratie als Siegerin hervorgeht. Sie hat bei jeder Gelegenheit an die Notlage der Hausangestellten gedacht und soweit es in ihrer Macht lag, Abhilfe geschaffen. Sie war es, die am 12. November 1918 alle 44 Gefindeordnungen, darunter eine aus dem Jahre 1732 und die Preussischen aus dem Jahre 1810 mit einem Federstrich außer Kraft setzte. Damit war auch das Dienstbuch erledigt!

Jetzt bei den Vorarbeiten zum „Neuen Recht der Hausangestellten“ sind heute schon von allen möglichen Organisationen Vorschläge gemacht, darunter auch einer, der die

Dienstkarte mit Lichtbild

für alle Hausangestellten fordert. Diese Forderung darf nicht zur Tatsache werden, um die Hausangestellten nicht wieder zu Menschen zweiter Klasse zu machen.

Es muß den Hausangestellten mit aller Dringlichkeit klar gemacht werden, daß sie sich selbst am meisten schaden, wenn sie am 20. Februar einer Partei ihre Stimme geben, die bisher noch niemals für die Hausangestellten eingetreten ist — und auch nicht will, denn sonst wären die alten Gefindeordnungen schon vor der Revolution abgeschafft worden.

Die Hausangestellten in ihrer Gesamtheit bilden in Preußen eine Macht — sobald sie geschlossen auftreten. Das können sie, wenn sie diese Macht erkennen und einstimmig in ganz Preußen ihre Stimme abgeben für die alte Sozialdemokratische Partei, die durch Taten bewiesen hat, daß sie der alleinige Helfer aller arbeitenden Frauen und Mädchen, im besonderen aller Hausangestellten ist.

Gedankensplitter.

Die Gefahr des Pessimismus besteht darin, daß er müde macht und eine politische Reaktion erleichtert. Anzenberger.

Der Mensch soll arbeiten, aber nicht wie ein Lasttier, das unter seiner Bürde in den Schlaf sinkt und nach der notdürftigsten Erholung der erschöpften Kraft zum Tragen derselben Bürde wieder aufgestört wird. Er soll angstlos, mit Lust und mit Freude arbeiten und Zeit übrig behalten, seinen Geist und seine Augen zum Himmel zu erheben, zu dessen Anblick er gebildet ist. Fichte.

Nur noch eine Woche

und der Tag der Entscheidung wird gekommen sein. Es gilt für jeden Wähler und jede Wählerin die Kernfrage zu beantworten:

Soll Preußen in Zukunft wieder ein Hort der junkerlich-kapitalistischen Reaktion werden, wie es früher war?

Oder soll Preußen eine Heimat sozialistischer Entwicklung auf dem Boden politischer Demokratie sein?

Wer diesmal sich von den bürgerlichen Parteien einsaugen läßt, oder was ebenso schlimm sein würde, nur der Wahl fernbleibt, der macht sich mitschuldig daran, wenn infolgedessen alle sozialbürgerlichen Freiheiten vernichtet und die Ansätze einer sozialistischen Arbeitspolitik im Keime erstickt würden.

Die Entente wartet auf einen Wahlsieg der konservativen-nationalliberalen Kriegsheher von 1914, um dann die Schrauben des Feindensdanks noch schärfer anzuziehen.

Wählerinnen! Es bricht die letzte Woche ausnahmslos, um alle Eure Freundinnen und Bekannten zu warnen und sie aufzuklären, damit auch sie am 20. Februar stimmen

für die Sozialdemokratie!